

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

47. Jahrgang.

Nr 33.

Dienstag, den 20. März

1900.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. einschließlich
des „Instr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 25 Pf.

Die Vieheinbruchstation Wittigsthal
ist bis auf Weiteres geschlossen.

Schwarzenberg, den 16. März 1900.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Krug v. Ridda.

Bekanntmachung.

Anlässlich der Verpflichtung und Einweisung des Herrn Dr. phil. Kändler aus
Treuern als Direktor der Volksschule hier findet

Donnerstag, den 22. März 1900, Vorm. 1/2 11 Uhr

eine **Schulfeier** in der Turnhalle, und Nachmittags 1/2 2 Uhr ein **Essen** zu Ehren des
neuen Direktors im Rathhaussaale statt.

Der Preis eines Gedekes zu diesem Essen beträgt 2 Mark 50 Pf. Anmeldungen zu
lehterem nimmt Herr Rathhauspächter Busch entgegen.

Alle Freunde der Schule werden hiermit ergebenst eingeladen.

Eibenstock, den 19. März 1900.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Müller.

1. Anlagentermin betr.

Der am 15. Februar d. J. fällig gewesene **1. Anlagentermin** ist bei Vermeidung
der Zwangsvollstreckung unverzüglich anher zu bezahlen.

Eibenstock, den 15. März 1900.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Bg.

1. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Collegiums
Mittwoch, den 21. März 1900, Abends 8 Uhr
im Rathhaussaale.

Eibenstock, den 17. März 1900.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

G. Diersch.

Tagesordnung:

- 1) Beschlussfassung wegen Bewilligung des Beitrages zum Gehalte des gemeinschaftlichen
Kassenrevisors.
- 2) Dankschreiben mehrerer städtischer Beamter für gewährte Gehaltszulagen.
Hierauf geheime Sitzung.

England und Deutschland.

Die Londoner „Times“ gelten als dasjenige Blatt, das die
Meinung der in England gerade am Ruder befindlichen Regierung
widerspiegelt. Nur aus diesem Grunde verdient ein Artikel
Beachtung, den das Blatt über das Blauebuch wegen der Schiffs-
beschlagnahmen veröffentlicht und der in sehr ungenirtem Englisch
gehalten ist.

Es muß etwas nicht richtig sein — sagt das Blatt, wenn
der deutsche Minister des Auswärtigen und der deutsche Gesandte
sich einen solchen Ton und eine solche Sprache erlauben — und
was viel wichtiger ist, erlauben dürfen — wie sie in dieser
Korrespondenz angewendet werden. Wenn die Geschichte, die uns
nun ausführlich erzählt wird, dem britischen Volk vor zwei Mo-
naten vorgelegt worden wäre, dann hätten wir vielleicht die
wohlberechnete Brutalität der deutschen Zeitungen besser verstehen
können und wir hätten uns die Mühe ersparen können, heraus
zu hören, wie ihr wilder Engländerhaß mit den herkömmlichen
Versicherungen der Freundschaft von Seiten der englischen Regierung
in Einklang zu bringen wäre. Wir waren immer der Ansicht,
dass England und Deutschland gute Freundschaft halten
sollten, da ihre freundschaftlichen Beziehungen nicht bloß die Inter-
essen beider Nationen, sondern den Weltfrieden sichern können.
Wenn die Aufrechterhaltung solcher Beziehungen schwierig ge-
worden ist, so liegt die Schuld nicht an der britischen Regierung
oder am britischen Volk. Der internationale Verkehr zwischen
zivilisierten Staaten ist ohne das Vorhandensein der Achtung für
Anstand und Würde nicht möglich. Graf Bälows Bewunderer
rühmen ihn als den Wiedererwecker der Bismarckschen Tradition.
Aber der Umstand, dass er die „Grobheit“ des großen Kanzlers
nachzuahmen sucht, giebt Bismarcks Schüler nicht das Recht, sich
die Macht oder den weiten Blick seines Vorbildes zuzusprechen.
Jedenfalls würden die Deutschen, die denken, dass manierlose und
beschuldigerische Rohheit die richtige Methode für den Verkehr
mit England ist, gut daran thun, es sich klar zu machen, dass sie
Alle insgesamt sich auf falschem Wege befinden. Wir haben
Angeichts der Schmähungen in Deutschland, die von irgend
einem anderen Staate auch nicht eine Woche geduldet worden
wären, immer versichert, dass mindestens das Verhalten der deut-
schen Regierung ein durchaus fortreifes war. Es ist schwer, an
dieser Illusion auch nach dem in den eben veröffentlichten
amtlichen Aktenstücken zum Ausdruck gekommenen Verhalten fest-
zuhalten. Das Zurückhalten und Durchführen gewisser deutscher
Schiffe mag Deutschland einen gesetzlichen Grund zu Protesten
gegeben haben. Ob dadurch nicht der britischen Regierung nur
eine Falle gelegt werden sollte, das ist ein Punkt, den wir lieber
nicht berühren.

Von unserem Auswärtigen Amte wurde sofort anerkannt,
dass ein Fehler gemacht worden war, dass man keine Kriegs-
kontrebande gefunden hatte; unser Bedauern wurde ausgesprochen
und Entschädigung angeboten. Aber noch bevor die Untersuchung
die Thatsachen feststellte, sandte Graf Hayfeldt dem Lord Salis-
bury eine Note zu, in der er emphatisch erklärte, dass bei einem
Handelsverehr zwischen neutralen Häfen von Kriegskontrebande
keine Rede sein könnte und deshalb die Entlassung der verdäch-
tigen Schiffe ohne Intervention des Prisengerichts verlangte.
Dieser Note folgte eine zweite Mitteilung, in der in dringen-
dem Tone die sofortige Freilassung der zurückbehaltenen Schiffe
verlangt wurde. Der deutsche Gesandte mußte natürlich seinen
„Instruktionen“ folgen. Die strenge, wenn auch gerechte Zurück-
weisung des Lord Salisbury wurde deshalb an eine andere
Adresse gerichtet.

Der britische Gesandte in Berlin war darauf bedacht, Lord
Salisbury's Depeschen vor der Reichstags-Sitzung vom 19. Januar
dem Grafen Bülow zur Kenntnis zu bringen. In seiner Reichs-
tagsrede nahm der Minister — um eine Mehrheit für die Flotten-
Vorlage zu Stande zu bringen — von den Auseinandersetzungen
der Sachlage, die Lord Salisbury mittlerweile der deutschen
Regierung hatte zukommen lassen, keine Notiz und parodierte nur
mit den Jugeständnissen, die einen vollständigen — um nicht zu
sagen schmählichen — Rückzug der britischen Regierung bedeuten.
Das ist echt Bismarckisch. Die Geschichte, die uns in der ver-
öffentlichten Korrespondenz erzählt wird, ist sehr lehrreich. Sie
bricht leider gerade an der interessantesten Stelle ab.

Lord Salisbury hat es für nothwendig befunden, den seltsamen
Ton in Graf Hayfeldt's Mittheilungen hervorzuheben. Für jeden
Fall kann sich das britische Volk über die ganze Sache
nun eine eigene Meinung bilden. Die Sache wirft ein unerfreu-
liches Licht auf Vorgänge wie die Beleidigungen, denen englische
Männer und Frauen in Dresden ausgesetzt wurden. Die Brutal-
tät des Nob wird durch die Hintanziehung der Höflichkeit im
öffentlichen Leben von Seiten der Minister ermutigt. Man kann
nicht erwarten, dass Ausländer dergleichen überleben oder ver-
gessen können, wenn wir auch stolz darauf sind, dass unser Volk
es sich nicht träumen lassen wird, an den Tausenden von Deut-
schen, die unter uns in Wohlstand leben, Vergeltung zu üben.
Gleichzeitig wissen wir, dass Graf Bülow thätweise „für die
Galerie spielen“ muß.

So die „Times“, die Leute zu Worten kommen läßt, deren
geschäftspatriotisches Gebahren von der ganzen gestitzten Welt
— nur von den Engländern nicht — gerichtet ist; Leute, die
den Jameson-Raubzug auf dem Gewissen haben und welche ein
freies Volk nur betrogen, um ihnen die Goldminen und Dia-
mantenfelder, die unglücklicherweise kein Eigentum sind, zu nehmen!

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Antwort der deutschen Regierung
auf das von den Regierungen der südafrikanischen Republiken
ausgesprochene Ersuchen um freundschaftliche Vermittelung zur
Herstellung des Friedens hat folgenden Wortlaut: „Die
Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers wird gern
bereit sein, bei freundschaftlicher Vermittelung mitzuwirken, sobald
die Grundbedingungen einer solchen vorhanden sind, d. h. sobald
festgestellt ist, dass beide Gegner dieselben wünschen. Darüber,
ob auf englischer Seite dieser Wunsch gegenwärtig vorhanden ist,
werden die beiden südafrikanischen Regierungen sich entweder di-
rekt in London oder durch die guten Dienste einer dritten Regie-
rung Auskunft verschaffen können, welche keine eigenen wichtigen
Interessen in Südafrika wahrzunehmen hat. Letztere Voraussetz-
ung trifft bei einer Anzahl von Staaten in Europa und außer-
halb Europas zu, jedoch nicht bei Deutschland. Jeder derartige
Schritt der deutschen Regierung würde daher den Verzicht er-
wecken, dass wir andere als humanitäre Zwecke verfolgen, und
dass dadurch vermehrte Mißtrauen würde der Sache des Friedens
nicht förderlich sein. Dem Wunsche der südafrikanischen Regie-
rungen, ihre Bitte um Vermittelung auch an die österreichisch-
ungarische und die schweizerische Regierung, deren Interessen durch
das deutsche Konsulat in Pretoria wahrgenommen werden, gelan-
gen zu lassen, ist selbstredend sofort entsprochen worden.“

— Am 1. März ist, wie bereits gemeldet, die Uebernahme
der Hauptinseln von Samoa durch das Deutsche Reich erfolgt.
Damit schließt eine Leidensgeschichte von 22 Jahren ab, denn im
Jahre 1878 lehnte der Reichstag den Vorschlag des Fürsten Bis-
marck ab, die Südsee-Gesellschaft zu unterstügen, wodurch Deutsch-
land ein sicheres Besitztum auf die Inseln erhalten hätte. Der
Reichstag folgte damals der Führung des Dr. Bamberger, da man in
Deutschland noch keine Kenntnis von der Bedeutung des über-
seeischen Handels und von dem Werthe eines Kolonialbesitzes
hatte. Fürst Bismarck wendete sich in seinem Unmuthe über die
Haltung des Reichstages von allen solchen überseeischen Bestre-
bungen ab, und es dauerte 6 Jahre, ehe er aus neuen zwingen-
den Gründen an die Erwerbungen von Kolonien ging. Wenn
auch das deutsche Volk und sein Reichstag in Bezug auf den
Kolonialbesitz Manches gelernt hat, so ist der Fortschritt, den
wir seit zwei Jahrzehnten darin gemacht haben, leider doch ein
sehr geringer. Der Beschluß der Budgetkommission des Reichs-
tages, die Forderung für die ostafrikanische Zentralbahn abzuleh-
nen, erinnert unwillkürlich an die Behandlung der ersten Samoa-
Vorlage.

— Amerika. Von einem angehenden Kaufmann in New-